

Vorlage Nr. XI 12/2026

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:

ja

Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht – Themen mit Bezug zur Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS)

A Problem

In vorangegangenen Vorlagen (zuletzt XI 3/2026) wurde über verschiedene Sachverhalte berichtet, die im Zusammenhang mit der Integrierten Regionalleitstelle Unterwese-Elbe (IRLS) bearbeitet werden und die Informationscharakter aufweisen. Es wurde zugesagt, fortlaufend über diese Themen zu berichten.

B Lösung

Sachstand „Entwicklung Einsatzzahlen und Umsetzung Gutachten“

Im zurückliegenden Berichtszeitraum konnten drei Beschäftigte für die Notfalldispositionen qualifiziert und in den aktiven Dienst übernommen werden. Vier weitere Beschäftigte befinden sich derzeit noch in der Ausbildung zum Disponenten. Eine Person konnte nicht über die Probezeit hinaus beschäftigt werden. Aufgrund der haushalterischen Maßnahmen und damit verbundenen Wiederbesetzungssperre, kann die vakante Stelle nicht zeitnah ausgeschrieben werden.

Die Kompensationsmaßnahmen „Vertretungen aus dem Brandschutzdienst“ und „Anordnung von Mehrarbeit für das vorhandene Leitstellenpersonal“ können teilweise reduziert, muss aber zunächst weitergeführt werden, um die Funktionsfähigkeit der IRLS zu gewährleisten.

Die Beauftragung der „Erweiterung der Organisationsuntersuchung IRLS aus 2024“ (vgl. Vorlage XI 07/2026) soll im 3. Quartal 2026 erfolgen. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage erfolgt eine Angebotsabfrage von drei Unternehmen. Die Abgabefrist endet am 21.08.2026.

Sachstand „Standardisierte Notrufabfrage (SNA)“

Das Vergabeverfahren zur Beschaffung einer „Standardisierten Notrufabfrage (SNA)“ ist abgeschlossen. Der Zuschlag wurde der Firma Priority Dispatch Corp. gegeben. Für eine zeitliche Projektplanung fand ein Kick-off-Termin statt. Im Weiteren folgt die Einbindung aller relevanten Akteure. Ziel ist es, im 3. Quartal 2027 mit dem neuen System in den Livebetrieb zu gehen. Ein weiteres Jahr später, soll die Zertifizierung erfolgen, so dass das Projekt bzw. dessen Umsetzung auf zwei Jahre geplant ist.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die finanziellen Auswirkungen der gutachterlichen Personalbemessung sind im laufenden Haushalt und im Wirtschaftsplan des Wirtschaftsbetriebes hinterlegt.

Mit dem Wechsel von einer derzeit in der IRLS genutzten „Strukturierten Notrufabfrage“ zu einer „Standardisierten Notrufabfrage“ ergeben sich finanzielle Auswirkungen. Die Auftragssumme beträgt rund 1.073.000€ (netto) und erstreckt sich auf die nächsten fünf Jahre (Lizenzkostenmodell). Die Kosten werden über den Wirtschaftsbetrieb Rettungsdienst abgerechnet und im Weiteren von den Kostenträgern sowie anteilig von den drei Gebietskörperschaften getragen.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz besteht nicht. Besondere Belange von Kindern- und Jugendlichen, von ausländischen Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils kann nicht festgestellt werden.

E Beteiligung/Abstimmung

Keine.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat